

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Votenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Votenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: M. Wisse, Naanheim & Bogler, G. V. Daube,
Invalidenthal. Berlin: Bernh. Ernst, Max Gerstmann,
Elberfeld: W. Thienes, Grefsswald & J. J. J. Halle: a. S.
Jul. Baur & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, A. Steiner,
William Willens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Giesler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Eine Rede Miquel's.

Der „Stettiner Zeitung“ zufolge hat die
Rede, welche der Finanzminister v. Miquel gestern
bei dem Festmahle in Solingen gehalten hat,
folgenden Wortlaut:

„Wir haben hier Wunder der Technik und
der angewandten Naturwissenschaft, ein blühendes
Land, eine gewaltige Industrie, getragen von
hoher Intelligenz und Unternehmungsgelüste, vor
Allem feste, kerndeutsche, königstreue Männer
dieser alten bergischen Lande, welche auch in der
Industrie und im Gewerbe den Vortritt behaupten:
„Wägen und wagen.“ Wir werden
dieses Land mit der freudigen Zuversicht verlassen,
dass hier ein mächtiger Fortschritt auf
allen Gebieten herrscht und das Ende noch längst
nicht erreicht ist. Ich komme eben hierher
gesehen aus dem Osten, aus einem Kreise, wo
fast kein Schornstein in die Lüfte ragt und kein
Hammer das Eisen redet, wo weder Erde noch
Kohlen die Industrie großziehen, wo allein Ge-
treidebau und Viehzucht die Bevölkerung ernäh-
ren. Wenn man auch dort gegen die Schwierig-
keiten der Zeiten tapfer kämpfende Männer
findet, so sieht man doch nicht so frohe und so
zufriedene Gesichter wie hier; unser Preußen
und ganz Deutschland ist weder ein Industrie-
Land, noch ein Land des Ackerbaues, es ist
Weidew. Weite Distrikte im Osten und Westen,
zum Theil obendrein unter der Ungunst des
Klimas und auch der Bodenverhältnisse und der
Entfernung von den Absatzgebieten stehend, sind
ausschließlich auf die Früchte des Bodens an-
gewiesen und haben wenig Aussicht, hier durch
eigene Kraft Wandel zu schaffen. Andere Ge-
biete, im Besitz von Erzen, besserer Verkehrs-
verhältnisse, großen Wohlstandes und Kapital-
Reichtums suchen und finden die Grundlagen
ihrer Existenz und der Volksernährung wesentlich
in der Industrie, andere im Handel und in der
Schiffahrt. Alle drei großen Erwerbszweige
sind gleich notwendig. Jede Wirtschaft und
Handelspolitik Deutschlands muss dies beachten.
Wir können keinen Erwerbszweig, auf welchem
die Wohlfahrt des Volkes beruht, entbehren,
aber der Staat hat die Aufgabe, soweit seine oft
überschätzten Kräfte überhaupt reichen, denjenigen
vor Allem seine Fürsorge zuzuwenden, welche sich
in schwieriger Lage befinden und unter besonderer
Ungunst der Zeiten leiden. Eine objektive und
gerechte Beurteilung wird nicht leugnen, dass
heute die Mittelklassen in Stadt und Land, das
vor Allem die landwirtschaftliche Bevölkerung
zu letzteren gehören. Selbstverständlich hat
die Fürsorge des Staates ihre Grenzen nicht
blos in seiner Macht, auf die wirtschaftlichen
Verhältnisse überhaupt entscheidend einzuwirken,
sondern auch in dem Grade, dass eine ein-
seitige Berücksichtigung der Interessen eines Ver-
satzzweiges nicht die Lebensbedingungen der
anderen gefährden dürfte. Aber im Großen und
Ganzen sind doch die Interessen aller arbeitenden
und erwerbenden Klassen gemeinsam und wesent-
lich die gleichen. In einzelnen Fragen laufen
sie wohl auseinander, aber alle produzierenden
Klassen erstrecken doch gemeinsam den berechtigten
Schutz ihrer Arbeit gegen die in der Konkurrenz
begünstigten ausländischen Mitbewerber. Die
Landwirtschaft und Industrie stehen in
wechselseitigem Verhältnis von Produzenten
und Abnehmern. Je kaufkräftiger beide
sind, desto besser wird es beiden ergehen,
und der soziale Handel, der diesen Wechsel-
verkehr vermittelt, kann von der Blüthe beider
nur Vortheil ziehen. Das kleine Gewerbe und
der Kleinhandel in den kleineren Städten müssen
flüchten, wenn es die ländliche Nachbarschaft
verlöst. So notwendig zur Ernährung unserer
wachsenden Bevölkerung uns der Export der
Waaren, die das Ausland nicht mehr allein
aufnehmen kann und der Wettbewerb auf dem Welt-
markt ist, so wahr ist doch, dass der Absatz im
Innern insbesondere gegenüber den Plänen und
Bestrebungen der anderen Völker der sicherste
sei. Diese große Gemeinlichkeit der Interessen
sollte bei allen Kämpfen und Differenzen der
Gegenwart nicht vergessen und von allen Theilen
beachtet werden. Selbst Opfer, welche der eine
Berufszweig bringt, sind nicht verloren und
kommen schließlich doch Allen zu Gute. Das
begreifen auch sehr wohl die einsichtigen Männer
auf beiden Seiten, und das berechtigt die Staats-
regierung, der es vor Allem an der Veröhnung
der Gegensätze, an Ruhe und Frieden im Lande
liegen muss, zu der Hoffnung, dass es gelingt,
die abweichenden Meinungen auszugleichen, wenn
alle Mühe baten und auf eine künftliche Ver-
einerung der wirtschaftlichen oder vermeintlichen Gegen-
sätze verzichten. Wir dürfen nicht aufhören, uns
als eine große Volksgemeinschaft zu fühlen,
welche keinen Theil des Ganzen entbehren kann,
ohne das Ganze zu gefährden. Der Westen ist
dem Osten ebenso notwendig, wie der Osten
dem Westen. Wir müssen Alle zusammenhalten
und können insbesondere ebenso wenig wie
Frankreich und die übrigen Kontinentalstaaten die
Landwirtschaft, diese feste Säule von Staat
und Gesellschaft, so gleichgültig behandeln wie
England, dessen Macht und Reichthum auf der
Industrie, dem Handel und der Schiffahrt und
seiner gewaltigen Kolonien beruht, welche ihm
kein Volk hat wohl so viel Ursache, mit seiner
Entwicklung in den letzten Jahrzehnten voll und
gänzlich zufrieden zu sein, als das deutsche. Die Völker
unter uns, die noch die Zeit vor der Wieder-
aufrichtung unseres deutschen Reiches sahen und
die letzten Jahrzehnte mit Bewusstsein und
offenen Augen durchlebt haben, können doch nur
mit Stolz und innerer Freude auf den gewaltigen
Aufschwung, welchen die Nation an Macht und
Unabhängigkeit, Ehre und Wohlstand seitdem ge-
nommen hat, zurückblicken und sehen wir mit
Vertrauen in die Zukunft. Aber auch die Jün-
geren wissen es wohl, was Kaiser und Reich uns
bedeutet an geistigen und materiellen Gütern.
Es streben vorwärts mit frohem Muth und
fester Zuversicht. Sie wollen es den Alten
gleichthun im Stolz auf ihr Vaterland, in Liebe
und Treue zu Kaiser und Reich. Ich bin sicher,
dass in diesem Lande auch solche Gedanken vollen
Widerhall finden, und so fordere ich Sie auf,
diesen Gefühlen laut Ausdruck zu verleihen mit
dem Rufe: „Doch Kaiser und Reich!“

Aus dem Reiche.

Der Entschluss des Kaisers, die Nord-
landsreise abzubrechen, ist, wie der „Hamb.
Korr.“ aus Berlin erfährt, zum Theil auf den
tiefen Eindruck zurückzuführen, welchen der plötz-
liche Tod des Lieutenant von Dahnke, in An-
betracht der langjährigen Beziehungen zu dessen
Vater, dem General von Dahnke, auf den Kaiser
gemacht hat. Wie die „Hamb. Nachr.“ melden,
was gestern der Bergener deutsche Konsul Mohr
beim Kaiser zum Frühstück geladen; er erzählte,
dem Kaiser zufolge, das Auge des Kaisers sei
enfrachtet, doch nicht so schwer, dass
nicht eine baldige Genesung vorauszusetzen
wäre. Am 16. August wird der Kaiser nach
dem „Meckl. Tagebl.“ voraussichtlich in Badmim
zur Besichtigung der in der dortigen Umgebung
manövrierenden Kavallerieregimenter eintreffen.
— Der Kaiser wird auf seiner Reise nach
dem General von Schmalow auf dessen
Gütern verweilen. — Der Kaiser überreichte
gestern dem Kommandeur des 4. Armeekorps,
General der Kavallerie von Hantsch,
zu dessen 50jährigem Dienstjubiläum ein Schreiben,
in welchem er dem Jubilar seinen herzlichsten
Glückwunsch ausspricht und ihn für die in einem
so langen Zeitraum in Krieg und Frieden dem
König und dem Vaterlande geleisteten Dienste
warmen Dank und volle Anerkennung ausdrückt.
Der Kaiser überreichte dem Jubilar gleichzeitig
die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden.
Gestern Mittag fand auf dem Domplatz in
Magdeburg große Parade statt. — Für die
Festlichkeiten anlässlich der am 18. Oktober in
Fegenwart des Kaisers und der Kaiserin
Friedrich stattfindenden Enthüllung des Kaiser
Friedrich-Denkmal's bewilligte die Stadt-
verordnetenversammlung in Wiesbaden gestern
16 750 Mark. — Theodor Mommsen vollendet
am 30. November d. J. sein 80. Lebensjahr.
Dieser Tag soll von den Gemeindebehörden in
Charlottenburg, wo der greise Gelehrte seit
Jahren wohnt, in besonderer Weise gefeiert
werden. In der gestrigen Sitzung des dortigen
Magistrats wurde außer einer offiziellen
Gratulation beschlossen, an zuständiger Stelle zu
beantragen, dass die Straße 1 am Savigniplatz
den Namen Mommsenstraße erhält. — Die
Vertreter der Arbeiterpartei haben ihre
Sommerreisen angetreten. Viehnicht geht mit
Familie in einen englischen Badeort, Nebel
macht eine Reise durch Italien, Singer und
Damberger, die Geschäftsführer des „Vorwärts“,
sind auf einer Nordlandsreise begriffen. Mit
Ausnahme Auer's, der noch in Berlin weilt,
halten sich wohl alle namhaften Genossen gegen-
wärtig in Baden und Sommerfrischen auf. —
Der Torpedo, der seiner Zeit von dem Panzer-
schiff „Wörth“ verloren wurde, ist jetzt in der
Förde von Eckernförde von einem Taucher auf-
gefunden worden. Der Torpedo lag in einer
Wassertiefe von etwa 25 Meter und dann noch
mehrere Meter tief in Schmutz und Schamm. Der
Werth des Torpedos beträgt ca. 10 000 Mk. —
Eine Erbchaft ist der Stadt Berlin zu-
gefallen. Die Wilhelmine und Ida Beckerschen
Eheleute haben die Stadtgemeinde Berlin zu
ihren Erben eingesetzt. Nach Auffassung des
Inventars ergibt sich für die Stadtgemeinde
nach Abzug einiger im Testamente festgesetzter
Legate die Summe von 730 000 Mark. Letztere
soll nach testamentarischer Bestimmung zur
Errichtung eines Asyls für arme Blinde Verwen-
dung finden. Zur Annahme dieses Legats wird
der Magistrat noch Zustimmung der Stadtver-
ordnetenversammlung die kaiserliche Genehmigung
nachsuchen. — Die diesjährige Hauptversammlung
des deutschen Apothekervereins findet
am 24. und 25. August in Strazburg i. E. statt. An-
wissenschaftlichen Vorträgen werden auf der Ver-
sammlung solche über die Beziehungen der
Pharmazie zu den reinen Naturwissenschaften
und über die mikroskopische Prüfung der
Eremente gehalten werden. — Eine schwere
Niederlage hat die Zentrumspartei in Bayern
zu verzeichnen. Im Wahlkreise Regen ist trotz
heftigster Gegenagitation der Zentrumspartei
Dr. Sigl mit erheblicher Majorität in den
bayerischen Landtag gewählt worden. — Der
unter dem Schutze des Prinzen Ludwig von
Bayern stehende bayerische Kanalverein hat,
nachdem zu den Kosten für den Plan eines
neuen Donau-Mainkanals in Bayern selbst
rund 60 000 Mark gezeichnet worden waren, die
im Wechselverkehr mit Bayern stehenden rhein-
ischen, sowie österreichisch-ungarischen Bezirke um
Zuschüsse zu den Kosten der Aufertigung des
Canals ersucht. Schon aus den bisher auf-
gestellten Berechnungen erhellt, dass die Mög-
lichkeit der Ausführung und die Rentabilität des
Donau-Mainkanals keinem Zweifel unterliegen
kann. Man schätzt die Kosten für die Main-
kanalisierung auf sieben und für den Umbau des
Donau-Ludwigskanals auf sechzig Millionen
Mark und die Rente an mindestens drei
Prozent. Für die nenerdings in den betref-
fenden Kreisen ausgesprochene Vermuthung, dass
die Reichsverwaltung sich bereit finden werde, das
Unternehmen finanziell zu unterstützen, fehlt es
bis jetzt noch an jedem Anhalt. — Der
„Katholik“ meldet, der Deutscher Vater
Majewski habe ein Bild angefertigt, welches
allegorisch die Theilung Polens darstellt; er
habe dasselbe vervielfältigen lassen
und sich in den Angeboten verpflichtet, 50
Pfennige von jedem verkauften Exemplar dem
Deutscher Vaterverein zuzuführen zu lassen.
Dem Amtsgericht wegen unerlaubten Geldan-
nehmens zurecht zu einer Geldstrafe verurtheilt,
sei er jetzt von der Strafammer, unter Ver-
urteilung auf Entscheidungen des Amtsgerichts,
freigesprochen worden.

Deutschland.

Berlin, 17. Juli. Zur Frage der Reform
des preussischen Wahlgesetzes schreibt die „Nat.-
Lib. Korr.“:
Die allgemeine Meinung geht dahin, dass
die Staatsregierung nicht mehr in der Lage ist,
den Termin der Wahlrechtsreform willkürlich fest-
zusetzen. Aus der Verabschiedung des Einkommen-
steuergesetzes, das am 24. Juni 1891 in Kraft
getreten ist, liegen Erklärungen von der Regierung
dabin vor, dass sie die Gesamtreform des Wahl-
rechts für die Zeit vorbehält, wo die ge-
samte Steuerreform abgeschlossen ist und die
Wirkungen derselben für das Wahlrecht sich über-
sichtlich und zusammengefasst beurtheilen lassen.

Bei den Beratungen über die letzte Wahlreform,
welche am 29. Juni 1893 in den amtlichen Blät-
tern veröffentlicht wurde und sehr wenig Ver-
frießung erregte, sagte am 14. Januar desselben
Jahres der Ministerpräsident Graf Cullenburg,
der vorliegende Amtsvorgänger des Herrn, von der
Rede, der auf dieses Gebiet so außerordentlich
zurückhaltend war: „Artikel 115 der Verfassungs-
urkunde, welcher den Erfolg eines solchen Wahl-
gesetzes vorseht, bleibt bestehen und ist eine ge-
nügende Erinnerung daran, dass, wenn der Zeit-
punkt gekommen ist, man auch nicht Anstand
nehmen wird, das jetzt in Novellenform sich ver-
theilende Wahlrecht in einem Guß zu bringen.“
Am 1. April 1895 sind die neuen Steuergesetze,
das Kommunalabgaben- und Ergänzungsteuer-
gesetz, in Kraft getreten. Zwei Jahre waren am
1. April dieses Jahres verlossen, und zwei Jahre
sind doch wohl Zeit genug, um sich über die
Wirkungen der Steuerreform auf das Wahlrecht
klar zu werden. Somit entspricht das Finanz-
ministerium nur den übernommenen Verpflich-
tungen, wenn es Zusammenstellungen darüber
aufnehmen läßt. Liegt doch ohnehin der eine
Schwerpunkt dieser Reform, wie seiner Zeit der
Abgeordnete und frühere Minister des Innern,
Staatsminister Herfurth, der zwingend die Not-
wendigkeit der Wahlrechtsreform im unmittel-
baren Zusammenhang mit der Steuerreform
nachwies, im Finanzministerium. Man wird
nur wünschen können, dass das Ergebnis dieser
Untersuchungen bald zur öffentlichen Kenntniss
gelange, damit der trübe Eindruck der Erklärung
verschwindet: dass man die Reform noch hinaus-
schieben will, nicht aus sachlichen Gründen, son-
dern weil man, trotz der jetzt bestehenden Verei-
ntrachtung gerade des Mittelstandes, es im Mi-
nisterium des Innern politisch für zweckmäßiger
hält, für die kommenden Neuwahlen die jetzigen
Bestimmungen zur Hand zu haben.“
— Am 12. Juli wollte der Kolonialdirektor
Dr. Frhr. v. Richthofen seinen Sommerurlaub
antreten. Er hat aber seine Abreise verschoben,
da einige wichtige Fragen ihn noch beschäftigen.
Hauptsächlich handelt es sich um einen Entschluss
über den Bau der südwelafrikanischen Eisenbahn
mit Abergelände. Die Privatgesellschaft, welche
den Bau dieser Bahn geplant hat, würde vor
dem nächsten Frühjahr mit den Arbeiten nicht
beginnen können. Daher besteht die Absicht, die
Eisenbahn von Reichs wegen zu bauen und schon
in wenigen Monaten damit zu beginnen. Auch
die Frage der Kinderpest erfordert noch die stete
Aufmerksamkeit des Kolonialdirektors.
— Ende August soll in Basel ein Kongreß
der Zionisten stattfinden, um die Frage der Be-
siedelung Palästinas durch Juden zu besprechen.
Als dies bekannt wurde, erließ der geschäftsführende
Vorstand des Rabbiner-Verbandes in Deutschland
folgende Erklärung:
„Durch die Einberufung eines Zionisten-
kongresses und durch die Veröffentlichung seiner
Tagesordnung sind so irrige Vorstellungen über
den Gehalt des Judenthums und über die
Bestrebungen seiner Bekenner verbreitet worden,
dass der Vorstand des Rabbiner-Verbandes in
Deutschland es für geboten erachtet, folgende
Erklärung abzugeben: 1. Die Bestrebungen so-
genannter Zionisten, in Palästina einen jüdisch-
nationalen Staat zu gründen, widersprechen den
messianischen Bestrebungen des Judenthums, wie
sie in der heiligen Schrift und den spätern Reli-
gionsquellen enthalten sind. 2. Das Judenthum
verpflichtet seine Bekenner, dem Vaterlande, dem
sie angehören, mit aller Hingebung zu dienen
und dessen nationale Interessen mit ganzem
Geiz und mit allen Kräften zu fördern. 3. Mit
dieser Verpflichtung aber stehen nicht in Wider-
spruch jene edlen Bestrebungen, welche auf die
Kolonisation Palästinas durch jüdische Ackerbauer
abzielen, weil sie zur Gründung eines nationalen
Staates keinerlei Beziehungen haben. Religion
und Vaterlandsliebe legen uns daher in gleicher
Weise die Pflicht auf, alle, denen das Wohl des
Judenthums am Herzen liegt, zu bitten, dass sie
sich von den borewähnten zionistischen Bestrebungen
und ganz besonders von dem trotz aller Vor-
sichtsmassnahmen noch immer geplanten Kongreß fer-
halten.“
Die National-jüdische Vereinigung für Deutsch-
land erlät dagegen folgende von Bingen, 11. Juli,
datirte Gewandlung:
„1. Es ist unrichtig, dass die zionistischen
Bestrebungen den messianischen Bestrebungen des
Judenthums widersprechen. Wir verweisen in
dieser Hinsicht nur auf das von einer der her-
vorragendsten rabbinischen Autoritäten „Rabbi Kar-
sicher“ unter dem Titel „Drishat Zion“ ver-
öffentlichte Werk, aus welchem das Gegenheil
der Rabbiner-Erklärung unabweislich hervorgeht.
Mit dem Gehalt des Judenthums beschäftigen
sich übrigens unsere Bestrebungen überhaupt nicht,
dieselben sind vielmehr lediglich darauf gerichtet,
den anormalen Zustand des jüdischen Volkes zu
beseitigen. 2. Den in der Rabbiner-Erklärung
dargelegte unmotivirte Vorwurf, dass die zionistische
Bestrebungen unterhalb der Würde der
zionistische Gesinnung uns an der Betätigung
vaterländischer und staatsbürgerlicher Pflichten
hindere, weisen wir als eine jeder Begründung
entbehrende Verächtlichkeit ganz entschieden zurück.
3. Dass die „edlen Bestrebungen, welche auf die
Kolonisation Palästinas durch jüdische Ackerbauer
abzielen“, mit den unsrigen nicht zu identifizieren
sind, geben auch wir zu. Wann wir aber diese
uns von unserm Standpunkte aus ebenfalls
unentzerrigen, so kann dies doch weder uns noch
auch diesen Bestrebungen irgenwie zum Tadel
gereichen. Vor dem Kongreß in Basel zu warnen,
liegt für niemanden, am wenigsten für den
Deutschen Rabbiner-Verband eine Veranlassung
vor. Der Kongreß wird sich hoffentlich zu einer
imposanten Kundgebung dafür gestalten,
dass das jüdische Volk auch heute auf seine
nationale Existenz noch nicht verzichtet, sondern
genüßig ist, als Volksindividualität Hand in Hand
mit den andern Nationen an dem Fortschritt der
menschlichen Kultur zu arbeiten. Die Sympathien
aller rechtlich und vorurtheilslos denkenden
Menschen werden bei der Förderung dieser Be-
strebungen gewiß auf unserer Seite sein.“

Österreich-Ungarn.

Wien, 16. Juli. In der heutigen Sitzung
des Gemeinderaths brachten Bogler und Ge-
nossen den Antrag ein, der Wiener Gemein-
derrath solle seine Sympathie für die deutsche Be-
völkerung Böhmens aus Anlaß der Vorgänge in
Eger zum Ausdruck bringen; desgleichen bean-
tragten Greber und Wagner eine Kundgebung

des Gemeinderaths gegen die Maßnahmen der
Regierung in Böhmen. Ueber beide Anträge
wird der Stadtrath beschließen. Der Bürger-
meister verlas hierauf einen Erlass, nach welchem
der Ministerpräsident aus formellen sowie aus
materiellen Gründen nicht in der Lage gewesen
ist, einer Deputation beim Kaiser zur Unter-
breitung der Adresse in Angelegenheit der
Sprachenfrage eine Audienz zu erwirken, doch
habe der Ministerpräsident die bestimmten Ver-
schlüsse des Gemeinderathes in der Sprachenfrage
zur Allerhöchsten Kenntniss gebracht.
Frankreich.
Paris, 16. Juli. Nach einem Telegramm
richtete Cornelius Herz an die Panama-Kom-
mission ein heftiges Telegramm, worin er die
Berichte, welche die Deputirten Rouquet und
Pichon über ihren Besuch bei ihm in den
Zeitungsnachrichten veröffentlicht haben, als Lügen
bezeichnet. In der Kammer ist man über dieses
Telegramm sehr aufgebracht und beginnt sich zu
fragen, ob Herz nicht eine Komödie spiele und
mit der Drohung, seine Geheimnisse preiszu-
geben, nur irgend welche Erpressung ausüben
wolle.
Rußland.
Wie die Kronblätter „Wjestnik“ erfährt, ist
die Frage des Anlaufes einer großen Schiffs-
werft in Sebastopol durch den russischen Staat
in bejahendem Sinne entschieden worden. In
Folge dieses Anlaufes erhält die russische Flotte
im Schwarzen Meer die Verfügung über drei
große und drei kleine Docks sowie über umfang-
reiche mechanische Werkstätten, so daß sie auf
ihren neuen Werft selbst große Schiffe zu bauen
vermag und alle Ausbesserungen und sonstige
Arbeiten ausführen kann.
Zur Fahrradindustrie.
Von verschiedenen Blättern wird schon seit
längerer Zeit für die Fahrradindustrie ein Krach
prophezeit, aber derselbe ist bisher ausgeblieben
und wird, wie die Verhältnisse gegenwärtig
liegen, wohl auch ausbleiben. Der „Nab-Welt“
wird in dieser Beziehung von einem Sachverständigen
geschrieben: Als vor circa Jahresfrist die
unbedeutende Fahrradfabrik Neumann in Berlin
durch Mißwirtschaft und Verschwendungsjucht
in Konkurs gerieth, zogen einzelne politische
Blätter hieraus die Schlussfolgerung, dass dies
der Anfang zu einem Fahrradkrach in Deutsch-
land sei, um so mehr als ein solcher in Amerika
schon im vollsten Maße bestanden sollte. Diese
Voransagungen sind jedoch nicht in Erfüllung
gegangen, im Gegenteil, die ganze Fahrrad-
industrie hat einen derartigen Aufschwung ge-
nommen, dass auch in diesem Jahre alle Fabriken
besserer Marken noch bedeutender Vergrößerungen
nicht annähernd im Stande waren, den an sie
gerichteten Anforderungen zu genügen, und selbst
jetzt, am Ende der Saison, sind gute Marken
nur mit bedeutenden Lieferungsverzögerungen
zu erhalten. Trotz alledem werden seitens derselben
Blätter, die im vergangenen Jahre die Beunruhigung
herbeiführten, von Neuem die alarmirenden
Berichte über die Zukunft der Fahrradindustrie
in Umlauf gesetzt. Als Grund hierzu muss das
Gerücht gehalten, eine Fahrradkonvention in
Amerika sei eingeleitet und eine Herabsetzung der
Preise stände von dort aus bevor. In erster
Linie ist es die ganze Händlerschaft, die durch
solche Nachrichten empfindlich geschädigt wird,
denn jeder Käufer, der diese Notiz gelesen, fordert
naturgemäß sogleich einen entsprechenden
Preisnachlass, welchen der Händler doch wieder
nicht gewähren kann; da sein Bezugspreis
noch keine Ermäßigung erfahren hat und
nach Lage der Dinge auch nicht erfahren wird.
Im Interesse der ganzen Branche hielten wir es
für angezeigt, Nachdenken in der Richtung der
erwähnten Zeitungsmedlungen vorzunehmen und
gestatten uns, in Anbetracht des das Resultat
dieser mitzuthellen: Am Freitag, den 9.
d. Mts., hatten wir Gelegenheit, den Direktor
der Remington-Fabrikwerke aus New York bei
uns zu sehen; ferner sprachen wir am Sonn-
abend, den 10. d. Mts., in Berlin den Direktor
der Doernman Wheel Co., Chicopee Falls,
Amerika. Beide Herren erklärten übereinstim-
mend, dass ihnen die in deutschen Zeitungen ge-
lesenen Gerüchte vollständig überflüssig wären,
da sie mit dem Geschäftszuge der besseren
amerikanischen Fabriken übereinstimmen. Trotz-
dem hatten sich die beiden genannten Herren
telegraphisch an ihre resp. Käufer mit der An-
frage gewandt, ob und in wie weit diese Mel-
dungen zutreffend seien, und Beiden war übere-
instimmend der Bescheid geworden, dass der
Truf gar nicht daran denke, seine Preise zu er-
mäßigen, da dritten erstklassige Marken genau so
gefragt seien wie in Deutschland. Da eine An-
zahl minderwertiger Marken, an denen aller-
dings Ueberflus in Amerika vorhanden sei, billig
verkauft würde und ob wirklich dieser oder jener
Fabrikant seine Preise für die Saison 1898
etwas ermäßige, wäre für die Allgemeinheit voll-
ständig belanglos und würde für die gesamte
Marktfrage in keiner Weise den Effect haben, den
einige deutsche Blätter prognostizieren zu sollen
glauben. Beide Herren sehen übereinstimmend
auch für 1898 den gleichen oder einen ähnlichen
Geschäftszug voraus, wie wir ihn in diesem
Jahre haben.

Arbeiterbewegung.

Der Berliner Zimmererfreie geht seinem
habigen Ende entgegen. Nach Mittheilung der
Lohnkommission der Arbeiter haben bereits
zwei Drittel der am Orte beschäftigten Zimmerer,
d. h. ca. 2600 Mann von 243 Arbeitgebern den
Stundenlohn von 60 Pf. bewilligt erhalten. Die
Zahl der Ausständigen beträgt nur noch 450,
die auf 33 Bläzen beschäftigt waren, Arbeitslose
sind 250 zu verzeichnen. Angesichts dieses an-
gelegigen Erfolges wird die Lohnkommission vor-
ansichtlich schon am nächsten Montag die Be-
endigung des Ausstandes und an dessen Stelle
die Verhängung von Sperren empfehlen. Die
beginnende Dejection der Zimmerer konstatirt
die Kommission zunächst darin, dass über 800 zu
den geforderten Bedingungen arbeitende Zimmerer
die Anordnungen der Lohnkommission nicht mehr
befolgen, da sie sich bei derselben nicht anmel-
den und auch den gebotenen wöchentlichen Streik-
betrag von 1 Mark nicht entrichten. Bis jetzt

konnten die Ausständigen regelrecht unterkühlt
werden, doch erscheint die Möglichkeit der Durch-
führung in nächster Woche sehr fraglich.
Stettiner Nachrichten.
Stettin, 17. Juli. Der Bund der Land-
wirthe hat an den Reichskanzler, an die Staats-
sekretäre des Innern und Aeußeren, sowie an die
königlich preussischen Staatsminister eine Eingabe
gerichtet, in welcher sie um ein sofortiges
Einschränkungsgesetz gegen ausländisches
Brotgetreide zu nächst für die Dauer
von sechs Monaten bitten, mit der Bedin-
gung, dass das Verbot außer Wirkung tritt, so-
bald der Preis für das inländische Getreide eine
zu bestimmende mäßige Höhe erreicht hat. Am
Schlusse der Eingabe heißt es: „Es handelt sich
in der That lediglich darum, die deutsche land-
wirtschaftliche Produktion durch die Autorität
des Staates vor der internationalen Macht des
Börsenthums zu schützen, damit sie innerhalb
dieses Schutzes in die Lage versetzt wird, durch
eigene Kraft sich selbst zu helfen.“ Dies alles
nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, son-
dern gemäß unsern Ausführungen zu Anfang
dieser Eingabe im Interesse und zum Vortheil
der wirtschaftlichen Lage des gesamten deutschen
Volkes.“
— Die königliche Eisenbahn-Direktion zu
Stettin hat den Auftrag zur Anfertigung der
ausführlichen Vorarbeiten für eine Neben-
eisenbahn von Wollin über Kisdron
nach Swinemünde erhalten. Demgemäß
hat der Bezirks-Ausschuss angeordnet, dass die
Besitzer der in Betracht kommenden Grundstücke
die Vorarbeiten auf denselben zu gestatten haben.
— Der Herr Ober-Präsident hat dem
Stettiner Lehrerinnen-Verein die
Genehmigung ertheilt, zum Besten des Baues
eines Ferienbades für ältere Lehrerinnen
eine Perloosung von Handarbeiten und ge-
schickten Gegenständen im Herbst d. J. zu
veranstalten.
— Anlässlich verschiedener in neuerer Zeit
vorgekommener Fälle ist die Wahrnehmung ge-
macht worden, dass bei der Berechnung der zur
Feier des 50jährigen Dienstjubiläums berechtigten
Dienstzeit der höheren Staats-
baubeamten nicht gleichmäßig und den be-
stehenden Vorschriften entsprechend verfahren
wird. Zur Bereinigung von Zweifeln hat der
Minister der öffentlichen Arbeiten deshalb darauf
aufmerksam gemacht, dass nach der Allerhöchsten
Kabinettsordre vom 23. Februar 1839 bei Dienst-
jubiläum nur die Jahre wirklicher Dienstleistung
in Anrechnung zu bringen sind, und dass als
solche nach einem Beschlusse des königlichen
Staatsministeriums vom 11. September v. J.
zwar die im Kommunal-, Kirchen- oder Schul-
dienst zugebrachte Zeit, nicht aber die Beschäfti-
gung bei Privat-eisenbahnen oder in ähnlichen
Stellungen zu rechnen ist. Außerdem ist als an-
rechnungsfähige Dienstzeit nicht anzusehen das
Studium an der königlichen Bauakademie, welches
viele ältere Staatsbeamte nach dem Eintritt in
den Staatsdienst und der Bereidigung für denselben
betrieben haben. Die Zeit, welche nach der Bereidigung
für den Staatsdienst nachweisbar durch Prüfungen
in Anspruch genommen war, ist bei Dienstjubiläum
nicht wie bei der Berechnung der pensionsfähigen
Dienstzeit nach dem Erlasse vom 26. September
1882 mit höchstens 1 1/2 Jahren bzw. 1 Jahr,
sondern voll in Anrechnung zu bringen.
— Die Schiffahrt-treibenden seien darauf
aufmerksam gemacht, dass nachdem das rote
Fener auf dem Westmolenkopf
des Hafens von Ebing, welches am
15. März d. J. angezündet worden ist, sich gut
behält, die beiden Leuchtbaken auf dem
Ostmoenkopf und auf der Westseite des Ebing-
er Hafens seit dem 15. Juli d. J. eingegangen sind.
— Die Fischer Wilhelm Köhler, Albert
Pieper und Albert Krause, sämtlich aus Ralkofen,
haben am 6. März d. J. den Fischmeister
Schwarz aus Lebbin und dessen Bootsmann
Reichbrodt vom Tode des Ertrinkens gerettet.
Die menschenfreundliche That wird
seitens des Herrn Regierungspräsidenten zur
öffentlichen Kenntniss gebracht.
— Die Pommerische Gastwirths-
vereinigung hielt gestern im Saale des
„Deutschen Gartens“ eine General-Versammlung
ab, welche mit geschäftlichen Angelegenheiten er-
öffnet wurde. Dem sodann erlassenen Resolu-
tion wird für das erste Halbjahr 1897 entnommen
ist, dass der Bestand der Innungskasse 3133,49
Mark, der Vereinskasse 662,87 Mark und der
Unterstützungskasse 1246,05 Mark beträgt, am
1. Juli zählte die Vereinigung 209 Mitglieder.
Dem Kassirer Herrn W. Schmidt wurde Ent-
lassung ertheilt. Es folgte die Erziehung der
auscheidenden Vorstandsmitglieder, und wurden
gewählt die Herren Schrauder (Konzerthaus) zum
stellvertretenden Vorsitzenden, W. Schmidt zum
Kassenverwalter, Hoffmann, Klein, A. Krause
und Dannenberg zu Beisitzern, Edelbüttel und
Leufkau zu Kassen-Beisitzern. Das Schieds-
gericht wird gebildet aus den Herren Kupfer
(Vorsitzender), Brudner (dessen Stellvertreter),
C. Krause, Marck, Schrauder und Groth. Zu
Verbandsvertretern wurden die Herren C. Krause,
Schrauder und W. Schmidt gewählt. Der Vor-
sitzende, Herr Dethloff, erstattete Bericht über den
in Gotha abgehaltenen 24. deutschen Gastwirths-
tag, bei welchem auch eine Anzahl Anträge der
Pommerischen Zone und der Stettiner Gast-
wirthsvereinigung zur Verabredung standen und
im Wesentlichen angenommen wurden. Hierauf
knüpfte sich eine Beschreibung des Kohlenfäure-
werks in Sondra, mit welchem seitens des
Gastwirthsverbandes ein Vertrag wegen Liefe-
rung von flüssiger Kohlenfäure abgeschlossen ist;
bei der Bohrung nach Kali stieß man bei
Sondra in einer Tiefe von 197 Meter auf eine
überaus ergiebige Quelle von natürlicher Kohlen-
fäure; nachdem es gelungen war, die Quelle zu
fassen, wurde die Kohlenfäure 13 Kilometer weit
bis nach Frettsdorf gebracht, wo große Fabrik-
räume angelegt wurden, welche täglich 1200
Kilogramm Kohlenfäure liefern können. Die Kohlen-
fäure bringt mit einem konstanten Druck von 16 1/2
Atmosphären hervor und werden mit dieser
Kraft auch sämtliche Maschinen getrieben. Durch
den vom Verbands mit dem Werk abgeschlossenen
Vertrag ist die Lieferung billiger und guter
Kohlenfäure an die Verbandsmitglieder ermöglicht.
Die Vertretung des Werkes für die Provinz
Pommern ist dem Vereins-Vorsitzenden, Herrn

